

Kurzinformationen

zusammengestellt von Thomas Ruttig

Auseinandersetzungen im Regierungslager

Kämpfer des Interimspräsidenten Burhanuddin Rabbani haben alle arabischen Staatsbürger in Kabul verhaftet, die nicht im Besitz eines Passes und gültiger Visa sind. Das berichtete die pakistanische Zeitung 'The News'. Während des Krieges gegen die sowjetischen Besatzungstruppen 1979 bis 1989 hatten tausende Araber auf Seiten der afghanischen Mudshahedin gekämpft. Möglicherweise will Rabbani mit dieser jüngsten Maßnahme auch seinen Verbündeten Sayyaf von der 'Islamischen Einheit' ('Ittehad-e Islami') schwächen, der stark von saudischem Geld und arabischen Kämpfern abhängt. Ende Mai entband Rabbani den zur 'Islamischen Einheit' gehörenden Erziehungsminister Omar von seiner Funktion; der Vize-Innenminister von der gleichen Partei trat vom Amt zurück und schloß sich den Taleban an.

Kontakte Rabbani-Dostam

Die Rabbani-Regierung gab erstmals Kontakte zu ihrem Widersacher, dem usbekischen Warlord Abdurraschid Dostam, zu. Die Gespräche in der usbekischen Hauptstadt Taschkent sollen sich um den Austausch von Gefangenen, die Wiedereröffnung der für die Versorgung Kabuls wichtigen Salang-Straße, einen Waffenstillstand sowie die Rücknahme einer Fatwas Rabbani, in der dieser zum Dshihad (Heiliger Krieg) gegen den "Ex-Kommunisten" Dostam aufruft, gedreht haben. Über Ergebnisse wurde jedoch nichts bekannt. Noch einige Tage vor dem Treffen hatte Rabbanis Außenminister Lafrayi den Besuch einer russischen Parlamentsdelegation in Dostams Hauptquartier Mazar-e Sharif in Nord-Afghanistan verurteilt. Offensichtlich waren die Kontakte Dostam-Rabbani aber bereits bei diesem Anlaß vermittelt worden. Auch Dostam ließ die Gespräche Anfang Juni bestätigen. Gleichzeitig erklärte der Vertreter seiner Partei 'National-Islamische Bewegung' ('Dshom-besch-e Islami-e Milli'), Maulana Abdul Baqi Turkestani, eine Ver-

söhnung mit der Rabbani-Regierung lehne Dostam jedoch ab.

Zehntägige Feuerpause vereinbart

Die afghanischen Regierungstruppen und die Taleban vereinbarten am 9. Juni einen zehntägigen Waffenstillstand, um Friedensverhandlungen aufzunehmen. Wie der Vertreter von Interimspräsident Rabbani, Siddiq Schakari, am 10. Juni in Kabul sagte, trat die Feuerpause bereits einen Tag vorher in Kraft. Er selbst werde die Delegation Rabbani bei den Gesprächen mit den Taleban in Kabul leiten, die noch am selben Tag begonnen werden sollten. Trotz des Waffenstillstandes kam es in den Nähe von Maidanschahr nach Angaben aus Militärkreisen in Kabul jedoch zu weiteren Kämpfen zwischen beiden Kampfparteien. Der Waffenstillstand wurde nach Angaben Schakaris von dem Vertreter der pakistanischen 'Dshamiat Ulema-i-Islami', Mohammad Khan Sherani, vermittelt. Zu den Verhandlungsthemen sollten unter anderem ein Gefangenenaustausch und die Öffnung der Fernstraßen gehören, sagte er.

UNO betrachtet Kabuler Regierung als illegitim

Ein Sprecher der Rabbani-Regierung verurteilte Anfang Juni Äußerungen des UN-Vermittlers für Afghanistan, Mahmud Mestiri, mit denen der die Legitimität der Kabuler Regierung bezweifelt hatte. "Die gegenwärtige 'Regierung' ist wahrlich keine richtige Regierung. Sie hat keine legale Basis und kontrolliert nur zwei der fünf wichtigsten afghanischen Städte (Kabul und Herat) und etwa acht von 32 Provinzen", hatte Mestiri erklärt. Der Regierungssprecher erklärte, der Arbeit Mestiris in den letzten drei Monaten mangle es an Reife, sie habe nichts mit Realität zu tun. Die UNO hat die afghanische Regierung - wie sonst nur die von Somalia - auch nicht zu ihrer 50-Jahr-Feier im Oktober nach New York eingeladen.

Kämpfe um Bamian

Heftig gekämpft wird um die zen-

tralaafghanische Provinzhauptstadt Bamian. Am 20. Juni hatte Radio Kabul zunächst gemeldet, Regierungstruppen hätten Bamian eingenommen. Wenige Tage später meldete die Opposition, Truppen Dostams, einer mit ihm verbündeten Fraktion der schiitischen 'Islamischen Einheitspartei' ('Hezb-e Wahdat-e Islami') sowie der ebenfalls schiitischen 'Islamischen Bewegung' ('Harakat-e Islami') hätten die Stadt wieder übernommen. Die Stadt soll seitdem mehrmals die "Besitzer" gewechselt haben. Bamian liegt in dem von den schiitischen Hazara besiedelten Gebiet Afghanistans und war wieder zum Hauptquartier der 'Wahdat' geworden, nachdem ihre Kämpfer im April aus Kabul verdrängt worden waren.

Cholera-Ausbruch

Über 100 Personen starben nach Regierungsangaben vom 25. Juli an der Cholera, davon 97 allein in der Provinz Badachschan im Nordosten des Landes. Aber auch in Paktika und Ghazni (Ost-Afghanistan) sei es zu mehreren Todesfällen gekommen. Kabul bat die UNO und nichtstaatliche Organisationen um Hilfe.

Schwangerschaftsrisiko

In einer Studie über Risiken von Schwangerschaft, Abtreibung oder Geburt für die Gesundheit der Frau hat die US-Nichtregierungsorganisation 'Population Action International' (PAI) 21 Ländern, darunter Afghanistan, einen hohen Risiko-Index bescheinigt. Dort erhielten lediglich zehn Prozent der Frauen Schwangerschaftskontrolle und professionelle Geburtenhilfe, heißt es in dem Bericht. Dem Anfang August in New York vorgelegten UN-Weltfrauenbericht 1995 zufolge können außerdem 89 Prozent der afghanischen Frauen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren weder Lesen noch Schreiben.

Kabul will Ächtung von Minen

Afghanistans amtierender Ministerpräsident Ahmad Schah Ahmadzay forderte am 5. August in Kabul ein weltweites Verbot von

Veranstaltung zur politischen Zukunft Afghanistans

Afghanistans politische Zukunft war das Thema einer Veranstaltung, zu der die Zentralstelle für Auslandskunde in ihre Bad Honnefer Tagungsstätte geladen hatte. Hermann-J. Wald, Leiter des Asienreferats, erinnerte in seiner Begrüßung an die Tradition der Einrichtung, in dem seit fast dreißig Jahren öffentliche Veranstaltungen stattfinden, die sich mit Afghanistan befassen - aus verschiedenen Blickwinkeln, von Kultur und Politik bis zu Fragen der Entwicklungszusammenarbeit.

Den aktuellen Anlaß der Veranstaltung bildete der Besuch von Professor Anwar Ul Haq Ahady in der Bundesrepublik. Ahady war erst Ende Juli zum neuen Vorsitzenden der afghanischen sozialdemokratischen Partei gewählt worden, und zwar, wie er darstellte, in einem für afghanische Parteien beispiellosen Vorgang: Ohne Waffen, ohne Gewalt, sondern per Abstimmung der Delegierten. Die gegenwärtige afghanische Regierung, so Ahady, sei illegal, schließlich habe Präsident Rabbani eigenmächtig seine Amtszeit verlängert, führte der in den USA Politikwissenschaften lehrende Professor aus. Die Russen versuchten derzeit eine Versöhnung zwischen Rabbani in Kabul und dem usbekischen Milizenführer Dostam im Norden herbeizuführen. Dies sei jedoch dem afghanischen Volk alles andere als dienlich, weil sich daraus lediglich ein neues Machtkartell ergäbe, aber keine Demokratie. Bei der politischen Konsolidierung der Heimat könnten weder die alten Befreiungsbewegungen, noch Bürgerkriegsparteien, noch die religiösen Taliban eine ausschlaggebende Rolle spielen. Es müsse endlich die seit langem geforderte Generalversammlung (Loya Jirga) einberufen werden, oder Zahir Shah, der in den siebziger Jahren vertriebene König, eine Chance erhalten, das Land zu befrieden.

Allen Bestrebungen, Afghanistan entlang ethnischer Linien zu teilen, erteilte Ahady eine Absage. Alle Nachbarstaaten seien multiethnische Gebilde. Das mache die Dinge zwar nicht leichter, sei aber der Beweis dafür, daß auch Afghanistan wie in der Vergangenheit als Vielvölkerstaat mit einem eigenen nationalen Bewußtsein bestehen könne. Die Konsolidierung Afghanistans läge durchaus im nachdrücklichen Interesse des Westens, da das Land sonst den Kräften des internationalen Terrorismus anheimfalle. In diesem Zusammenhang erwähnte Ahady unkontrollierte Waffengeschäfte und die bedrohliche Zunahme des Rauschgift Handels, der von Afghanistan derzeit ausgeht.

Produktion, Export und Lagerung von Anti-Personen-Minen. Die UNO schätzt, daß die sowjetischen Besatzungs- und Kabuler Regierungstruppen und ihre Widersacher von den Mudshahedin während des Krieges mindestens 10 Millionen Tretrminen gelegt haben. Während die afghanischen Kriegsparteien ihre Minenfelder nicht kartiert haben, wartet Kabul bis heute auf die Karten der sowjetischen Minenfelder, so Ahmadzay. Täglich werden in

Afghanistan 20 Menschen von Minen getötet oder verstümmelt.

Wieder Raketen auf Kabul

Die afghanische Hauptstadt wurde am 9. August erstmals seit fünf Monaten wieder mit Raketen beschossen. Elf Menschen wurden dabei getötet und 31 verletzt. Der Sprecher des Verteidigungsministeriums, General Nadshib, machte die Taleban für den Angriff verantwort-

lich, die Stellungen in den Bergen 30 Kilometer südwestlich der Stadt halten. Die Raketen waren auch im Südwesten der Stadt eingeschlagen. Bereits am 18. Juni hatten regierungsfeindliche Kräfte Kabul erstmals seit zwei Monaten wieder von Flugzeugen aus bombardiert, so die BBC. Wahrscheinlich ging der Angriff auf das Konto des usbekischen Warlords Dostam. Beide Attacken waren jedoch die einzigen, die seit Monaten bekannt wurden.

Flaute im UNO-Säckel

von Thomas Ruttig

Seit fast einem Vierteljahr wird in Kabul nicht mehr gekämpft (erst Anfang August wurde die Stadt wieder beschossen, d.Red.). Alle feindlichen Fraktionen sind so weit zurückgedrängt worden, daß sie die Stadt nicht mehr mit Raketen angreifen können, die in den letzten Jahren zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung forderten.

Doch die Lage in der afghanischen Hauptstadt ist alles andere als normal. Gegnerische Truppen kontrollieren nach wie vor alle Zugangswege nach Kabul und zu dem östlich der Stadt gelegenen Staudamm von Sarobi. Strom- und Wasserversorgung werden dadurch immer wieder unterbrochen, auch Lebensmittel und Medikamente sind knapp. Der Treibstoffnachschub ist ganz unterbun-

den, seitdem sich auch die neue Bewegung der Taleban im April der Straßenblockade anschlossen; immerhin lassen sie nach eigenen Angaben Lebensmittel durch.

Nach Angaben der UNO verfügen zwei Drittel der noch etwa eine Million Menschen, die in der Trümmerwüste Kabul zu leben versuchen, über keinen eigenen Wohnraum. Entweder sind ihre Wohnungen durch den monatelangen Dauerbeschuß zerstört worden, oder eine der verfeindeten Fraktionen hat sie daraus vertrieben. Viele sind notdürftig in Moscheen und Schulen in den weniger zerstörten Vierteln im Norden Kabuls untergebracht. Hier ist vor allem die Trinkwasserversorgung ein Problem.

Diese Probleme werden noch dadurch

verschärft, daß seit Mitte März täglich bis zu tausend Menschen nach Kabul zurückkehren, die innerhalb des Landes geflohen sind, und Iran Anfang Mai die Aufenthaltserlaubnisse von 400.000 afghanischen Flüchtlingen annullierte. Im September soll auch die UNO-Hilfe für afghanische Flüchtlinge in Pakistan auslaufen; danach erhalten nur noch Waisen, Witwen und Behinderte die Unterstützung. Im afghanischen Programm der Deutschen Welle beklagten jüngst Vertreter afghanischer Nichtregierungsorganisationen (NRO), daß Projekte unter den Flüchtlingen in Pakistan bereits jetzt kein Geld mehr erhielten.

Die in Bonn erscheinende afghanische Zeitschrift 'Noubahar' zitierte in ihrer April-Ausgabe die Leiterin einer Mutter-